



**Geschäftsführung
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)**

Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 04.02.2022

Niederschrift

über die **10. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 27.01.2022, 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

Anwesend waren:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	GRÜNE
Frau Antje Kosubek	GRÜNE
Herr Günter Leitner	CDU
Herr Alicem Polat	SPD
Frau Julie Cazier	GRÜNE
Herr Ismail Arabaci	GRÜNE
Herr Stefan Fischer	GRÜNE
Herr Dr. Martin Herrndorf	GRÜNE
Frau Mildred Utku	GRÜNE
Herr Klaus Vinçon	GRÜNE
Herr Tim Cremer	SPD
Frau Dr. Regina Börschel	SPD
Herr Ralf Uerlich	CDU
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Gunda Wienke	DIE LINKE
Herr Christian Nüsser	FDP
Frau Sabine Kader	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Frau Maria Helmig	SPD
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dirk Michel	CDU

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver	
Herr Wolfgang Behrisch	Gebäudewirtschaft
Frau Gabriele Prandi	Gebäudewirtschaft
Herr Dr. Thomas Werner	Stadtkonservator
Herr Dr. Joachim Bauer	Amt für Grünflächen und Landschaftspflege
Herr Udo Neumann	Amt für Kinder, Jugend und Familie
Frau Sonja Rode	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker
Herr Dr. Bröckelmann

Schritfführerin

Frau Andrea Brohl

Gäste

Frau Ute Palm
Frau Dr. Juliane Kronen

auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln
Honorarkonsulin des Königreiches Schweden

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Emanuel Florakis
KLIMA FREUNDE

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Herr Manuel Jeschka	Volt
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Florian Weber	CDU

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, eröffnet die Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt, die unter Pandemiebedingungen stattfinden kann und bittet die Mitglieder der Bezirksvertretung sich bei den Redebeiträgen kurz zu fassen. Er bedankt sich für die Unterstützung durch das Bürgeramt Innenstadt. Er begrüßt die Honorarkonsulin von Schweden, Frau Dr. Krohnen, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Fachverwaltungen, Gäste, Petenten und Petentinnen, Presse und die neu gewählte Seniorenvertretung. Er gratuliert den Mitgliedern der Bezirksvertretung, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten, Herrn Mario Schmitz und Herrn Dr. Martin Herrndorf, und ergänzt, dass auch er selber Geburtstag hatte.

Herr Uerlich, CDU, teilt mit, dass die CDU zu TOP 4.1 einen Vorschlag für einen gemeinsamen Änderungsantrag gemacht habe, zu dem die Grünen noch Beratungsbedarf angemeldet haben. Er beantragt zu TOP 4.6 und 4.10 einen Ortstermin und damit die Vertagung. Zu dem Änderungsantrag 3.9.1 habe die CDU noch Beratungsbedarf.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, berichtet, dass Frau Rode, Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, zu TOP 3.9 (Beschlussvorlage der Verwaltung) zur Sitzung

kommt und bittet daher zunächst noch keine Entscheidung zur Vertagung von TOP 3.9.1 (Änderungsantrag zu TOP 3.9) zu treffen und die Beratung von TOP 3.9 abzuwarten.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gedenkminute zu Ehren des verstorbenen Bezirksvertretungsmitglieds, Herrn Manfred Müller, Fraktion Die Linke

Verpflichtung von Frau Gunda Wienke, Die Linke

Begrüßung der neu gewählten Seniorenvertretung Frau Flöge-Becker und Stellvertreter Herr Dr. Bröckelmann

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Aktueller Sachstand zur Kita Gotland, Antrag Grüne - verschoben auf Wunsch der Fachverwaltung in der Sitzung der BV 1 am 02.12.2021

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Standorte für Papierkörbe mit Pendelklappen in Grünanlagen
3847/2021

3.2 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung: Beschluss der Fördermaßnahme „Netzwerkarbeit“ für die Kölner City im Rahmen des Projektauftrags „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
4225/2021/1

3.3 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung: Stellplatzsatzung für Köln
3388/2021/1

3.4 Sondernutzungserlaubnis für die Aufstellung einer Rodin-Skulptur am Neumarkt
3504/2021

3.5 Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse - Linie 1
hier: Einrichtung eines politischen Begleitgremiums
3997/2021

3.6 Planungsbeschluss Generalsanierung Bezirkssportanlage Reitweg
3840/2021

- 3.7 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Sicherungsmaßnahmen Römerturm
3852/2021
- 3.8 Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubierring auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt
4333/2021
- 3.8.1 Gem. Änderungsantrag zu 3.8 Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubierring, gem. Änderungsantrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, Die Partei
AN/0203/2022
- 3.9 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die grundhafte Erneuerung von Brückenbelägen und Verschleißschichten auf den Flächen des Individualverkehrs auf der Nordseite der Deutzer Brücke
3213/2021
- 3.9.1 Änderungsantrag "Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die grundhafte Erneuerung von Brückenbelägen und Verschleißschichten auf den Flächen des Individualverkehrs auf der Nordseite der Deutzer Brücke", Änderungsantrag Grüne
AN/0249/2022
- 3.10 Förderprogramm "Dritte Orte" - 1. Genehmigung für die Förderphase 2022ff
4350/2021
- 3.11 Verlängerung des Durchführungszeitraumes für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung 'Umfeld Archäologische Zone am Rathaus'
0099/2022
- 3.12 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022
3862/2021
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: „Marienplatz 4-12, 50676 Köln, Entfernung Hochbeet (Az.: 02-1600-122-21)
zurückgestellt am 02.09.2021 (Petent hatte abgesagt) Antrag OT Grüne Ohne Fachverwaltung, Termin 22.11.2021
2395/2021
- 4.1.1 Änderungsantrag zu TOP 4.1- Marienplatz 4-12, 50676 Köln, Entfernung Hochbeet , Änderungsantrag Klimafreunde
AN/2634/2021

- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Rad- und Fußgängerüberwege Innerer Grüngürtel (Az.: 02-1600-21/21)
zurückgestellt am 02.09.2021 (Petent hatte abgesagt) Antrag OT Grüne, Ohne Fachverwaltung
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
2715/2021
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verbesserung der Verkehrsführung Ecke Herwarthstraße/Werderstraße/Dorothee-Sölle-Platz (Az.: 02-1600-126/21)
zurückgestellt am 02.09.2021 (Petent hatte abgesagt) Antrag OT Klimafreunde, Ohne Fachverwaltung
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
2600/2021
- 4.3.1 Änderungsantrag zu TOP 4.3-Verbesserung der Verkehrsführung Ecke Herwarthstraße/Werderstraße/Dorothee-Sölle-Platz, Änderungsantrag Klimafreunde
AN/2623/2021
- 4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Schaffung von Erholungsorten am Rheinufer (Az.: 02-1600-104/21)
zurückgestellt am 28.10.2021 Antrag OT Grüne, ohne Fachverwaltung
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
2237/2021
- 4.5 Bürgereingabe nach § 24 GO - „Petition von Gotland e.V.“ - Aktenzeichen 194/21 B
3710/2021
- 4.6 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Mehr Platz für Rad- und Fußverkehr an der Sedanstraße (Az.: 02-1600-203-21)
4067/2021
- 4.7 Bürgereingabe nach § 24 GO – Antrag Straßenbenennung / Bananenrepublik
- Az: 226/21
4312/2021
- 4.8 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Einrichtung von Abstellflächen für Mieträder, E-Scooter, private Fahrräder (Az.: 02-1600-186-21)
4404/2021
- 4.9 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradparkplätze Gereonsviertel (Az.: 02-1600-135-21)
4381/2021
- 4.10 Bürgereingabe gem. § 24 GO- "Optimierung der Querung Hansaring für Radfahrende und Zufußgehende am Hansaring (Nähe Ebertplatz)" - AZ 202/21
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
0137/2022

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.1.1 Verkehrsberuhigung / Diagonalsperre Südliche Brüsseler Straße, gem. Antrag Grüne, Klimafreunde, Die Partei
Antrag am 28.10.2021 zurückgestellt (Antrag Ortstermin CDU)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/2166/2021

5.1.2 Antrag "Fahrradparken vor städtischer Kindertagesstätte Burgunderstraße",
Antrag Klima Freunde
Antrag am 28.10.2021 zurückgestellt (Antrag Ortstermin CDU)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/2147/2021

5.1.3 Moltkestraße/ Brüsseler Straße/Maastrichter Straße/Brüsseler Platz- Neuordnung der Verkehre, Verkehrsberuhigung und Barrierefreiheit, gem. Antrag Grüne und Die Partei
Antrag am 28.10.2021 zurückgestellt (Antrag Ortstermin CDU)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/2167/2021

5.1.3.1 Änderungsantrag "Moltkestraße/Brüsseler Straße/Maastrichter Straße/Brüsseler Platz - Neuordnung der Verkehre, Verkehrsberuhigung und Barrierefreiheit", Änderungsantrag Klima Freunde
AN/2177/2021

5.1.4 Neuordnung der Verkehre im Bereich Deutz-Mülheimer Str./Justinianstr./Opladener Str.
Antrag am 10.06.2021 zurückgestellt (OT SPD)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/1129/2021

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Maus-Ampel für Köln – 50 Jahre WDR-Maus feiern, Antrag SPD Rat
AN/2613/2021

5.2.2 Umwidmung von Verkehrsflächen auf Vogelsanger Straße / Venloer Straße im Grüngürtel, Antrag Grüne
AN/0088/2022

5.2.3 Mehr Sicherheit an der KVB-Haltestelle Barbarossaplatz, Antrag CDU
AN/2567/2021

- 5.2.4 Sperrung der Drehbrücke, Antrag SPD
AN/0060/2022
- 5.2.5 Mindestens zwei autofreie Tage in der Innenstadt in 2022, Antrag Grüne
AN/0095/2022
- 5.2.6 Straßenausbesserung an der KVB-Haltestelle Moltkestraße, Antrag CDU
AN/2569/2021
- 5.2.7 Rückbau bzw. Neugestaltung Bürgersteig Severinstraße am Stadtarchiv, Antrag SPD
AN/0062/2022
- 5.2.8 Mehr Sicherheit an der KVB-Haltestelle Neumarkt, Antrag CDU
AN/2562/2021

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 6.1.1 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD
AN/1701/2018
 - 6.1.2 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße (AN/1539/2010);
Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016)
AN/1315/2020
 - 6.1.3 Zustände der KVB-Haltestellen in der Innenstadt
AN/2475/2021
 - 6.1.4 Baumfällungen für Schulbauten, Anfrage Die Linke
AN/2525/2021
 - 6.1.4.1 Baumfällungen für Schulbauten - Anfrage der Fraktion DieLinke - zu
AN/2525/2021
4155/2021
- 6.2 Anfragen zu dieser Sitzung
 - 6.2.1 Parksituation in Deutz, Anfrage CDU
AN/0160/2022

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

7.1 Fahrradstellnadeln Theo-Burauen- Platz, mdl. Anfrage Grüne

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Umgestaltung des Fußgängerüberwegs an der Haltestelle Ubierring (Nordseite)

hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in der Sitzung am 27.06.2019, TOP 5.1.2, AN/0011/2019
4320/2021

9.2 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf der Siegburger Straße im Bewohnerparkgebiet Deutz V
4301/2021

9.3 Bündelungsgymnasien in Köln in den Schuljahren 2023/24 bis 2025/26
4422/2021

9.4 Planungen zur Verbesserung des Mikroklimas in der Kölner Innenstadt
0106/2022

9.5 Umsetzung von Radfahrstreifen auf der Neuköllner Straße und Tel-Aviv-Straße (südliche Fahrtrichtung) gemäß AN/2374/2021
3744/2021

9.6 Nachfragen zur Mitteilung 3657/2021 – Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt, hier: Anfrage AN/1107/2021
0192/2022

9.7 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe - Lückenschluss Radfahrstreifen Habsburgerring/Hohenzollernring
4416/2021

9.8 AN/2168/2021: Bank-Tisch-Kombination im Pantaleonsviertel
0295/2022

I. Öffentlicher Teil

Gedenkminute zu Ehren des verstorbenen Bezirksvertretungsmitglieds, Herrn Manfred Müller, Fraktion Die Linke

Herr Scheffer, Die Linke, bedankt sich für die Anteilnahme am Tod von Herrn Müller. Er hebt auch bei dem schweren Verlust seine Dankbarkeit hervor, dass er mit Herrn Müller sechs Jahre in der Bezirksvertretung Innenstadt für die Fraktion Die Linke zusammengearbeitet hat. Herr Müller war immer sehr engagiert und bestens informiert, nicht nur in Themen der Sozialpolitik, Wohnen, Bauen und Stadtentwicklung. Er weist auf die konstituierende Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt im November 2020 hin, die Herr Müller als Altersvorsitzender eröffnet hat. Er sei sehr stolz darüber gewesen, dass in der Bezirksvertretung Innenstadt keine Partei rechtsaußen vertreten sei. Die Arbeit mit der Bezirksvertretung sei ihm sehr wichtig gewesen. Herr Scheffer schließt mit den Worten „Danke für die Anteilnahme. Danke Manfred!“

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, bedankt sich für die Worte und bittet alle sich für eine Gedenkminute an Herrn Müller zu erheben.

Verpflichtung von Frau Gunda Wienke, Die Linke

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, verpflichtet Frau Gunda Wienke, ihre Aufgabe als Bezirksvertreterin nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

Begrüßung der neu gewählten Seniorenvertretung Frau Flöge-Becker und Stellvertreter Herr Dr. Bröckelmann

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, begrüßt die von der neugewählten Seniorenvertretung in die Bezirksvertretung entsandte Frau Flöge-Becker und ihren Vertreter Herrn Dr. Bröckelmann. Er teilt mit, dass sich die gesamte neu gewählte Seniorenvertretung in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vorstellen werde.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertretung, bedankt sich für die jahrelange gute Zusammenarbeit und betont, dass die Seniorenvertretung gerade in der Bezirksvertretung Innenstadt immer sehr ernst genommen werde. Sie und ihr neu gewählter Kollege, Herr Dr. Bröckelmann, freuen sich auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, ergänzt, dass Herr Pasch zum Sprecher der Seniorenvertretung und Herr Meurers zu seinem Stellvertreter, Frau Flöge-Becker zur Sachverständigen für die Bezirksvertretung Innenstadt und Herr Dr. Bröckelmann zu ihrem Stellvertreter gewählt wurden. Darüber hinaus wurde Herr Alfien zum Schriftführer gewählt.

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Aktueller Sachstand zur Kita Gotland, Antrag Grüne - verschoben auf Wunsch der Fachverwaltung in der Sitzung der BV 1 am 02.12.2021

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Herr Fischer (Grüne), Frau Kader (Die Partei) und Herr Leitner (CDU) werden als Stimmzähler benannt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3 Verwaltungsvorlagen

**3.1 Standorte für Papierkörbe mit Pendelklappen in Grünanlagen
3847/2021**

Frau Dr. Börschel, SPD, weist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 14.09.2017 zu Grillbehältern im Klingelpützpark (AN/0587/2017) hin und fragt, ob die Umsetzung mit diesem Beschluss verbunden werden könne.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt die von der Verwaltung vorgeschlagenen Standorte für Papierkörbe mit Pendelklappen in Grünanlagen.

Die Bezirksvertretung schlägt der Verwaltung in der Sitzung am 10.03.2022 andere Standorte vor.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.2 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung: Beschluss der Fördermaßnahme „Netzwerkarbeit“ für die Kölner City im Rahmen des Projektauftrags „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“
4225/2021/1**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

1. Der Rat beschließt die Einleitung und Umsetzung der Fördermaßnahme zur Weiterentwicklung der Kölner City durch den Aufbau und Verstetigung neuer Innenstadtkooperationen und gleichzeitiger Umsetzung konsensual erarbeiteter Maßnahmen zur nachhaltigen Attraktivierung und innovativen Profilierung (siehe Anlage 1).
2. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung aus dem avisierten Förderzugang. Die Förderquote beläuft sich auf maximal 75 % der zuwendungsfähigen Gesamtkosten.

Die Gesamtkosten für den Fördergegenstand „Zentrenmanagement“ belaufen sich auf 374.500 €. Bei einer Förderquote von 75 % beläuft sich der korrespondierende Ertrag auf 280.875 €, womit ein städtischer Eigenanteil in Höhe von 93.625 € verbleibt.

Die Gesamtkosten für den Fördergegenstand „Verfügungsfonds“ belaufen sich auf insgesamt 300.000 €. Davon sind 150.000 € zuwendungsfähige Kosten. Somit ergibt sich bei einer Förderquote von 75 % ein korrespondierender Ertrag in Höhe von 112.500 € und ein verbleibender städtischer Eigenanteil in Höhe von 187.500 €. Es ist grundsätzlich möglich und wird angestrebt, diesen Eigenanteil durch Akquirierung von Mitteln privater Innenstadtakteure noch zu verringern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3 Genehmigung Dringlichkeitsentscheidung: Stellplatzsatzung für Köln 3388/2021/1

Herr Nüsser, FDP, lehnt die Begründung der Dringlichkeit und damit die Verwaltungsvorlage ab, da heute ein anderer Ausschuss über die Stellplatzsatzung diskutiere.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, erläutert, dass die Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung die nachträgliche Bestätigung der bereits unterschriebenen Dringlichkeitsentscheidung sei.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt genehmigt folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Gemäß § 36 Abs. 5 Satz 2 GO NW in Verbindung mit § 10 der Hauptsatzung empfehlen wir dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die „Satzung über die Herstellung von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und Fahrradabstellplätzen sowie die Erhebung von Ablösebeträgen“ (Anlage 2) nach §§ 48 Absatz 3 und 89 Absatz 1 Nr. 4 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) einzuarbeiten und die so geänderte Satzung ortsüblich bekannt zu machen

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, CDU, SPD, Die Linke, Die Partei gegen die Stimme der FDP **zugestimmt.**

3.4 Sondernutzungserlaubnis für die Aufstellung einer Rodin-Skulptur am Neumarkt 3504/2021

Frau Helmig, MdR SPD, berichtet, dass der Ausschuss Kunst und Kultur – dem sie angehört – der Beschlussvorlage zugestimmt habe und damit dem Beschluss des Kunstbeirates gefolgt sei. Es sei eine Evaluation innerhalb eines Jahres beschlossen worden, die nach spezifischen Kriterien erfolgen müsse und nicht nur die Ortsspezifika der Figur hinterfrage, sondern auch wie Fußgänger*innen an der Skulptur vorbeikommen, da der Sockel 1,50 m breit sei. Das Kunsthaus Lempertz habe in freudiger Er-

wartung des positiven Beschlusses bereits die Fahrradständer und Blumenkübel beiseite geschafft. Dem Neumarkt könne jeder Aspekt der Verschönerung nur gut tun, die Skulptur ersetze ein Gesamtkonzept für den Neumarkt nicht.

Frau Wienke, Die Linke, weist darauf hin, dass sowohl Rodin als auch Balzac weltberühmt seien, aber nichts mit Köln zu tun hätten. Das Kunsthaus Lempertz wolle die radikalste und monströse Skulptur Honoré de Balzac auf dem Bürgersteig vor dem Kunsthaus aufstellen. Sie spricht sich gegen eine Aufstellung auf dem Bürgersteig aus, weil dort bereits genug herumstehe und beantragt als Standort den Parkplatz vor dem Kunsthaus. In Sülz verbiete die Stadt Ladeninhabern dagegen eine Bank vor den Laden zu stellen.

Herr Vinçon, Grüne, geht auf den Beschluss des Kunstbeirates vom 18.11.2021 ein und gibt zu Protokoll, dass der Bezirksvertretung zu Beginn des nächsten Jahres die Evaluation zur Entscheidung vorgelegt werden soll, sodass vor dem 31.03.2023 entschieden werden könne, ob es eine Verlängerung gebe oder nicht. Der Beschluss soll entsprechend der Ergänzung des Kunstbeirates ergänzt werden.

Frau Cazier, Grüne, beantragt Sitzungsunterbrechung.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, unterbricht die Sitzung für zwei Minuten.

Frau Wienke, Die Linke, zieht den Antrag auf Aufstellung auf dem Parkplatz zurück.

Ergänzter Beschluss:

- 1. Die Bezirksvertretung Innenstadt stimmt der Aufstellung zu, insofern nach einem Jahr die Vorteile der Skulptur für den Neumarkt evaluiert werden und sie**
- 2. vor einer etwaigen Entfristung der Sondernutzungserlaubnis nochmals im regulären Gremienlauf angehört wird.**

Die Bezirksvertretung Innenstadt votiert, unter Berücksichtigung dieser Aspekte, einstimmig für eine Aufstellung der Skulptur am geplanten Ort.

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Kunsthaus Lempertz (Neumarkt 3, 50667 Köln) die Erlaubnis zur Aufstellung der Rodin-Skulptur „Balzac“ auf den Gehweg vor dem Eingang des Kunsthauses Lempertz, vom 01.04.2022 bis 31.03.2023, zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke.

3.5 Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse - Linie 1 hier: Einrichtung eines politischen Begleitgremiums 3997/2021

Herr Uerlich, CDU, weist darauf hin, dass in dem Gremium viele Veränderungen in der Innenstadt besprochen werden. Die Innenstadt sei in dem Gremium nur durch den Bezirksbürgermeister vertreten. Herr Uerlich gibt zu Protokoll, dass er bedauert, dass nicht auch die Fraktionsvorsitzenden Mitglieder des Gremiums seien, wie dies im Masterplan erfolgreich praktiziert wurde und spricht sich für die Ergänzung des Beschlusses analog der BV 3 aus: „ Zur Wahrung der Repräsentanz der Bezirke sind die Bezirksbürgermeister*in oder in Vertretung deren Stellvertreter*in zu benennen. Das Ergebnisprotokoll soll den Mitgliedern der Bezirksvertretung zur Kenntnis gegeben werden.“

Frau Dr. Börschel, SPD, unterschützt die Vorlage, gibt aber zu bedenken, dass im Verkehrsausschuss von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik angemerkt wurde, dass die Barrierefreiheit bei diesem Projekt von großer Bedeutung für die Behindertenverbände sei und die Ergebnisse des Begleitgremiums dort auch bekannt gegeben werden sollen. Sie bittet den Beschlusstext entsprechend zu ergänzen.

Ergänzter Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein politisches Begleitgremium für die Kapazitätserweiterung der Linie 1 auf der Ost-West-Achse einzurichten.

Der Rat benennt die in der Geschäftsordnung des politischen Begleitgremiums (siehe Anlage) aufgeführten Vertreter*innen der stimmberechtigten Fraktionen als Mitglieder des Begleitgremiums der Ost-West-Achse.

Zur Wahrung der Repräsentanz der Bezirke sind die Bezirksbürgermeister*in oder in Vertretung deren Stellvertreter*in zu benennen.

Das Ergebnisprotokoll soll den Mitgliedern der Bezirksvertretung zur Kenntnis gegeben werden.

Die Barrierefreiheit ist bei diesem Projekt von großer Bedeutung für die Behindertenverbände. Die Ergebnisse des Begleitgremiums sollen auch bekannt gegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, CDU, SPD, FDP und die Partei, gegen 1 Stimme Die Linke (Herr Scheffer) **zugestimmt**.

Frau Wienke (Die Linke) hat an der Abstimmung nicht teilgenommen).

3.6 Planungsbeschluss Generalsanierung Bezirkssportanlage Reitweg 3840/2021

Herr Schmitz, CDU, führt aus, dass es neben dem SV Deutz 05 auch den VfB 05 Köln in Deutz gebe. Der VfB spiele als letzter Verein in der Innenstadt immer noch auf Asche, was nicht nur einen erheblichen Nachteil in der Wettbewerbsfähigkeit darstelle, sondern auch bei der Gewinnung neuer Mitglieder, die oft lieber auf Kunstrasen spielen. Der Verein warte seit 10 Jahren auf einen Kunstrasenplatz. Herr Schmitz spricht dem Verein höchste Anerkennung aus, ob in der Jugendabteilung, der Gründung einer zweiten Herrenmannschaft, weiterer Jugendmannschaften, aber auch vor allem im Bereich des sozialen Engagements insbesondere auch der Integration, leiste er Beachtliches. Wie groß die Freude sei, sehe man daran, dass der Vorsitzende und ein Mitglied an der heutigen Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt teilnehmen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erklärt, dass Herr Schmitz, CDU sicher allen Mitgliedern der Bezirksvertretung aus dem Herzen gesprochen habe und bittet diesen Beitrag stellvertretend für alle zu sehen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt (BV1) beauftragt die Verwaltung, vorbehaltlich der Zustimmung des Sportausschusses, mit der Planung und Kostenermittlung für die Generalsanierung der Bezirkssportanlage Reitweg.

Die Sanierung umfasst die Belagsänderung eines der Großspielfelder von Tenne- in Kunststoffrasen, den Neubau des Entwässerungssystems, umlaufender Wege und die Sanierung von Ballfangzäunen, Spielfeldbarrieren sowie der Trainingsbeleuchtungsanlage in Verbindung mit der RheinEnergie. Die weitere Ausgestaltung der Sportanlage (aktuell: zweites Großspielfeld mit Rundlaufbahn) wird mit den zukünftigen Nutzern*innen abgestimmt.

Die Planung und Kostenermittlung wird durch Mitarbeiter*innen des Sportamtes unter Beteiligung von Fachplanern durchgeführt.

Es stehen investive Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 55.000,- € im Teilfinanzplan 0801, Sportförderung /Unterhaltung von Sportstätten, Zeile 08, Auszahlungen für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5201-0801-0-1060 (Programmbudget Investitionsprogramm Sportstätten), vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022, im HJ 2022 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.7 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Sicherungsmaßnahmen Römerturm 3852/2021

Herr Leitner, CDU, stimmt der Beschlussvorlage zu, gibt aber zu bedenken, dass in dem Schadensfeststellungsgutachten überall geschwärzte Stellen zu finden seien. Es sei sinnvoll zu wissen, wer begutachtet habe. Außerdem werde ein Verein mit eingebracht, der sich im Nachgang über 200.000 € an Kosten, die er hatte, zurückhole. Dagegen sei wenig zu sagen. Auffällig sei aber, dass die Bodendenkmalpflege ein Stück outgesourct worden sei. Wenn man dies demnächst auch bei anderen Baudenkmalen finde, habe die städtische Bodendenkmalpflege noch wenig Berechtigung.

Beschluss:

1. Der Rat stellt den Bedarf für die Sicherungsmaßnahmen am Römerturm fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Leistungsphase 4 – Genehmigungsplanung bis Leistungsphase 9 – Objektbetreuung. Die Kosten für die Sicherungsmaßnahmen des Römerturms belaufen sich auf insgesamt 725.282,59 €. Hiervon entfallen auf die Leistungsphase 4 – 9 rd. 506.816,30 €.
2. Der Rat beschließt bei gleichzeitiger Mittelfreigabe überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 506.816,30 € für die Sicherungsmaßnahmen im Teilergebnisplan 1002 – Denkmalpflege in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2022. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe und im selben Haushaltsjahr durch Minderaufwendungen im Teilergebnisplan 0401 – Museumsreferat in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Nutzung der durch den Förderverein Römische Stadtmauer Köln e. V. zur Verfügung gestellten Planungsleistungen (Leistungsphase 1 – Grundlagenermittlung, Leistungsphase 2 – Vorplanung und Leistungsphase 3 – Entwurfsplanung) mit einem Wert in Höhe von 218.466,29 € sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3.8 Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubierring auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt 4333/2021

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, den barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle Ubierring auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt in veränderter Form zu planen und vorzustellen. Die südliche Haltestelle in FR Breslauer Platz wird nicht an die Kreuzung Mainzer Straße vorverlegt. Die Möglichkeiten einer barrierefreien Haltestelle werden in einem Ortstermin diskutiert und beraten. Beim Ortstermin sollte erörtert werden, wie eine Zusammenführung aller Haltestellen in der nördlichen Haltestelle Ubierring für die Linie 15 und 16 sowie die Busse 133, 142 analog zum Rudolfplatz ermöglicht werden und das Gleisbett für den Busverkehr ertüchtigt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.8.1 Gem. Änderungsantrag zu 3.8 Baubeschluss für den barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Ubierring, gem. Änderungsantrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, Die Partei AN/0203/2022

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, den barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle Ubierring auf der KVB-Linie 133 im Stadtbezirk Innenstadt in veränderter Form zu planen und vorzustellen. Die südliche Haltestelle in FR Breslauer Platz wird nicht an die Kreuzung Mainzer Straße vorverlegt. Die Möglichkeiten einer barrierefreien Haltestelle werden in einem Ortstermin diskutiert und beraten. Beim Ortstermin sollte erörtert werden, wie eine Zusammenführung aller Haltestellen in der nördlichen Haltestelle Ubierring für die Linie 15 und 16 sowie die Busse 133, 142 analog zum Rudolfplatz ermöglicht werden und das Gleisbett für den Busverkehr ertüchtigt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.9 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die grundhafte Erneuerung von Brückenbelägen und Verschleißschichten auf den Flächen des Individualverkehrs auf der Nordseite der Deutzer Brücke 3213/2021

Frau Rode, Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau, weist auf die vorliegende Beschlussvorlage zur Sanierung der beiden Fahrspuren der Deutzer Brücke Richtung Innenstadt hin. Damit die fünfwöchige Sanierung in den Sommerferien durchgeführt werden kann, bittet sie um eine entsprechende heutige Beschlussfassung.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, plädiert ebenfalls für eine Beschlussfassung zur Sanierung der Deutzer Brücke in der heutigen Sitzung, damit eine Sanierung in den Sommerferien erfolgen könne und auch die Belastung der Autofahrerenden möglichst gering gehalten werde. Er weist auf den Beschluss des Verkehrsausschusses zum Radach-

senantrag hin. Dieser sehe eine Spurumwidmung (2,50 m Breite) u. a. vom Ottoplatz bis Aachener Weiher auch auf der Deutzer Brücke vor. Die derzeitige Situation mit einem Radpendelverkehr und den Zufußgehenden sei auf der Deutzer Brücke schwierig. Daher solle der Radachsenbeschluss bereits bei der Sanierung der Fahrbahndecke umgesetzt werden. So könnten eine zweimalige Sperrung der Deutzer Brücke sowie doppelte Markierungsarbeiten verhindert werden.

Auf Nachfrage von Herr Leitner, CDU, antwortet Frau Rode, dass mit der Sanierung nicht gewartet werden könne, bis die Planung für den Radweg vorliege. Daher bittet sie die Bezirksvertretung eindringlich, den Sanierungsbeschluss unabhängig von dem Radweg zu fassen. Eine reine Markierung könne allerdings mit der Sanierung erfolgen, sodass das Wegfräsen der Markierung für eine Radwegmarkierung entfalle, jedoch keine solide bauliche Trennung, wie im Änderungsantrag gefordert.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, macht nach weiterer Diskussion folgende Formulierung des Änderungsantrags als Kompromissvorschlag:

„Die im Antrag AN/2374/2021 „Umsetzung durchgehender Achsen für den Radverkehr“ vorgesehene Einrichtung eines Radfahrstreifens auf der rechten Radspur soll im Rahmen der Fahrbahndeckensanierung umgesetzt werden. **Die Radinfrastruktur ist im Rahmen der Maßnahme als Fahrbahnmarkierung, darauf folgend mit solider baulicher Trennung anzulegen.**

Die Zu- und Abführungen sind ggf. provisorisch zu gestalten, im Falle der westlichen Abfahrt bis zur Ampel am Heumarkt fortzusetzen.“

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, lässt zunächst über den so geänderten Änderungsantrag abstimmen und darauffolgend über die entsprechend ergänzte Beschlussvorlage.

Ergänzter Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erkennt den Bedarf der grundhaften Erneuerung von Brückenbelägen und Verschleißschichten auf der Nordseite der Deutzer Brücke bei Gesamtkosten von rund 1,77 Mio. € (brutto) an und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die im Antrag AN/2374/2021 „Umsetzung durchgehender Achsen für den Radverkehr“ vorgesehene Einrichtung eines Radfahrstreifens auf der rechten Radspur soll im Rahmen der Fahrbahndeckensanierung umgesetzt werden. Die Radinfrastruktur ist im Rahmen der Maßnahme als Fahrbahnmarkierung, darauf folgend mit solider baulicher Trennung anzulegen.

Die Zu- und Abführungen sind ggf. provisorisch zu gestalten, im Falle der westlichen Abfahrt bis zur Ampel am Heumarkt fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.9.1 Änderungssantrag "Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die grundhafte Erneuerung von Brückenbelägen und Verschleißschichten auf den Flächen des Individualverkehrs auf der Nordseite der Deutzer Brücke", Änderungsantrag Grüne AN/0249/2022

Geänderter Beschluss:

Der Beschlusstext der Verwaltungsvorlage ist wie folgt zu ergänzen:

Die im Antrag AN/2374/2021 „Umsetzung durchgehender Achsen für den Radverkehr“ vorgesehene Einrichtung eines Radfahrstreifens auf der rechten Radspur soll im Rahmen der Fahrbahndeckensanierung umgesetzt werden. ~~Die Radinfrastruktur ist mit solider baulicher Trennung anzulegen.~~ **Die Radinfrastruktur ist im Rahmen der Maßnahme als Fahrbahnmarkierung, darauf folgend mit solider baulicher Trennung anzulegen.**

Die Zu- und Abführungen sind ggf. provisorisch zu gestalten, im Falle der westlichen Abfahrt bis zur Ampel am Heumarkt fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne (8), Die Linke (2) und Die Partei (1) gegen die Stimmen von CDU (3) und FDP (1) bei Enthaltung der SPD (3) **zugestimmt.**

**3.10 Förderprogramm "Dritte Orte" - 1. Genehmigung für die Förderphase 2022ff
4350/2021**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales, Seniorinnen und Senioren beschließt auf der Grundlage des vom Rat am 06.05.2021 beschlossenen Förderprogramms (Vorlagen-Nr. 0022/2021) die Förderung der in der beiliegenden Anlage aufgelisteten eingetragenen Vereine aus dem Kölner Stadtgebiet wie folgt:

Förderzeitraum 01.01. – 31.12.2022:

Projekt – und Baukostenzuschüsse bis zu maximal 17.500 Euro

Förderzeitraum 01.01.2022 – 31.12.2024:

Institutionelle Förderungen bis zu jährlich maximal 310.380 Euro

In den Jahren 2022 bis 2024 stehen jährlich Mittel in Höhe von insgesamt 800.000 Euro im Teilergebnisplan 0507- Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, Förderung von Begegnungsinitiativen im Sinne des Förderprogramms „Dritte Orte“, zur Verfügung; für die Jahre 2023 und 2024 unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Haushaltssatzungen 2023ff.

Mit der 1. Genehmigung für die Förderphase 2022ff werden anteilig Mittel in Höhe von 327.880 Euro verwendet. Für die Vergabe der verbleibenden Fördermittel werden entsprechend der Antragslage weitere Vorlagen bis zur maximalen Höhe der Fördermittel von 800.000 Euro zur Entscheidung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.11 Verlängerung des Durchführungszeitraumes für Sanierungsmaßnahmen im Geltungsbereich der Sanierungssatzung 'Umfeld Archäologische Zone am Rathaus'
0099/2022**

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 142 Abs. 3 Satz 4 Baugesetzbuch (BauGB) die Gültigkeit der Sanierungssatzung 'Umfeld Archäologische Zone am Rathaus' vom 25.05.2007 (bekanntgemacht im Amtsblatt der Stadt Köln am 13.06.2007) bis zum 31.12.2030 zu verlängern.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf eine nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung 1 - Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.12 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022
3862/2021**

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2022
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - des „Antik- und Designmarktes“ vom 25. – 27.03.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 24. – 28.03.2022)
 - des „1. Kölner Cityfestes“ vom 08. – 10.07.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 05. – 12.07.2022)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.
 - b. Den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - von „StadtLesen 2022“ vom 26. – 29.05.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 25. – 30.05.2022)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: „Marienplatz 4-12, 50676 Köln, Entfernung Hochbeet (Az.: 02-1600-122-21)
zurückgestellt am 02.09.2021 (Petent hatte abgesagt) Antrag OT Grüne Ohne Fachverwaltung, Termin 22.11.2021
2395/2021**

Beschluss:

vertagt (Beratungsbedarf Grüne 27.01.2022)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.1 Änderungsantrag zu TOP 4.1- Marienplatz 4-12, 50676 Köln, Entfernung Hochbeet , Änderungsantrag Klimafreunde AN/2634/2021

Beschluss:

vertagt (Beratungsbedarf Grüne 27.01.2022)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Rad- und Fußgängerüberwege Innerer Grüngürtel (Az.: 02-1600-21/21) zurückgestellt am 02.09.2021 (Petent hatte abgesagt) Antrag OT Grüne, Ohne Fachverwaltung soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden 2715/2021

Beschluss:

vertagt (OT Grüne 02.09.2021)

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Verbesserung der Verkehrsführung Ecke Herwarthstraße/Werderstraße/Dorothee-Sölle-Platz (Az.: 02-1600-126/21) zurückgestellt am 02.09.2021 (Petent hatte abgesagt) Antrag OT Klimafreunde, Ohne Fachverwaltung soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden 2600/2021

Beschluss:

vertagt (OT Klimafreunde 02.09.2021)

4.3.1 Änderungsantrag zu TOP 4.3-Verbesserung der Verkehrsführung Ecke Herwarthstraße/Werderstraße/Dorothee-Sölle-Platz, Änderungsantrag Klimafreunde AN/2623/2021

Beschluss:

vertagt (OT Klimafreunde 02.09.2021)

4.4 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Schaffung von Erholungsorten am Rheinufer (Az.: 02-1600-104/21) zurückgestellt am 28.10.2021 Antrag OT Grüne, ohne Fachverwaltung soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden 2237/2021

Beschluss:

vertagt (OT Grüne 28.10.2021)

4.5 Bürgereingabe nach § 24 GO - „Petition von Gotland e.V.“ - Aktenzeichen 194/21 B 3710/2021

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, betont, dass die Bezirksvertretung Innenstadt weit vorausschauend einen Beschluss für den Erhalt des Gebäudes Kita Gotland und eine gemeinnützige Nutzung im Sinne des Stifters durch einen geeigneten Bewerber gefasst habe.

Die Petentinnen führen aus, dass die Kita Gotland als Geschenk Schwedens an die Stadt Köln nach dem zweiten Weltkrieg ein Beispiel großzügiger humanitärer Hilfe sei und damit ein Stück Stadtgeschichte, die nicht abgerissen und vernichtet werden dürfe. Der Verein Gotland e.V. habe sich gegründet, um das Gebäude zu sichern und im Geiste der schwedischen Gründer neu zu beleben. Der Verein möchte einen geschützten und öffentlich zugängigen Ort schaffen, einen Nachbarschaftstreff der nicht kommerziell, sondern sozial genutzt werde. Dafür habe man bereits 40 Mitstreiter gefunden, die sich für 12 Monate ehrenamtlich engagieren und verschiedene Angebote machen wollen. Auf die mehrfachen Anfragen bezüglich der Unterhaltungskosten für das Gebäude, habe der Verein von der Verwaltung bisher keine Auskunft erhalten. Daher wurden die Kosten lediglich geschätzt. Der Unterhalt könne für ein Jahr aus Privatmitteln gewährleistet werden. Ein langfristiges Finanzierungskonzept könne erst erstellt werden, wenn belastbare Zahlen der Stadt über Unterhalt und Sanierung vorliegen, z. B. in Form einer Ausschreibung. Das vorrangige Ziel des Vereins sei, den drohenden Abriss der Kita Gotland abzuwenden. Über die Intransparenz und Nichtkommunikation der Verwaltung zum Verfahren mit dem Umgang einer städtischen Immobilie sei man verwundert. Der Verein wünsche sich ein transparentes und klar kommuniziertes Vergabeverfahren sowie die Möglichkeit der Teilnahme. Er befürchtet, dass das Holzhaus durch ein langwieriges Vergabeverfahren Schaden nehmen könne, weil es nicht beheizt und belüftet werde. Mit der Petition mit 1522 Unterschriften bewerbe sich der Verein Gotland e.V. für eine Interimsnutzung, für die seit 2021 keine Nutzungsänderung mehr notwendig sei, um das Gebäude bis zu einer Ausschreibung, an der man sich gerne beteilige, zu pflegen.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, macht deutlich, wie nah ihm die Beschlussvorlage mit dem Vorschlag des Abrisses der Kita Gotland gegangen sei und weist auf den guten Beschluss des Jugendhilfeausschusses hin. Er erinnert daran, dass gerade heute der 77. Gedenktag an die Opfer des Holocaust sei, an das dunkelste Kapitel in der Geschichte der Menschheit. Schweden habe Deutschland nach dem Krieg die Hand der Versöhnung gereicht und die Kita Gotland für notleidenden Kinder geschenkt.

Herr Behrisch, Gebäudewirtschaft, führt aus, dass die Gebäudewirtschaft Immobiliendienstleister sei und nicht den Bedarf feststelle. Er weist auf eine Mitteilung aus März 2021 (0350/2021) hin, aus der hervorgehe, dass die Stadt Köln dort keinen städtischen Bedarf für Kitas habe. Daher stelle sich für die Gebäudewirtschaft die Frage, was mit diesem städtischen Grundstück gemacht werden könne. Eine Möglichkeit sei, dass die Kita saniert werde. In der Beschlussvorlage würden dafür reine Baukosten von 500.000 – 600.000 € angesetzt, dazu kämen Baunebenkosten, Architektenkosten, Risikozuschläge usw. sodass wahrscheinlich Kosten von über 1 Mio. € entstehen würden. Der Betrieb einer städtischen Kita sei dort nur mit einer Erweiterung des Gebäudes möglich, was aber dem Landschaftsschutz entgegenstehe. Daher gebe es nur

zwei Möglichkeiten, die Kita abzureißen und einen Spielplatz zu bauen, oder das Grundstück, weil es keinen städtischen Bedarf gebe, aus dem Vermögen der Gebäudewirtschaft zu geben und eine Ausschreibung für die weitere Nutzung zu fertigen. Die Kita könne saniert, aber nicht erweitert werden. Er betont, dass die Gebäudewirtschaft Bedarfe erfülle und umsetze, aber keine Bedarfe definiere. Wenn die Politik zu dem Ergebnis komme, dass es einen neuen Bedarf gebe, müsse eine neue Beschlussvorlage eingebracht werden.

Frau Dr. Kronen, Honorarkonsulin des Königreiches Schweden, betont, dass das Haus Gotland einen historischen Kontext habe. Es sei eines der letzten Beispiele für die humanitären Aktivitäten nach dem 2. Weltkrieg. Als andere Länder noch Besatzer waren, habe Schweden Deutschland die Hand der Versöhnung ausgestreckt und sich um Menschen gekümmert, die Hilfe brauchten, wie Kinder und Waisen, die dort versorgt wurden. Das Haus Gotland sei nicht nur Erinnerung daran, sondern auch Mahnung dafür, dass diese Hilfe heute von uns in der Welt gebraucht werde. Auch die ehemalige UNESCO Vertreterin Schwedens habe betont, dass dieses Haus ein ganz wichtiges Beispiel der schwedischen Identität und Historie sei. Die Frage der Kulturattachée aus Berlin, wie viele dieser Holzhäuser es noch gebe, müsse beantwortet werden, bevor man sich für einen Abriss entscheide. Dies habe nichts zu tun mit der Frage, ob es ein bauhistorisches Denkmal sei. Sie spreche über ein historisches Denkmal der schwedisch-deutschen Beziehung. Sie berichtet, dass sich seit dem Brexit die Interessen Schwedens auf Deutschland fokussieren. Frau Dr. Kronen hält es aus schwedischer Sicht für einen nicht klugen Akt, sich eines solchen Denkmals und solcher Erinnerungen an deutsch-schwedische Geschichte nach dem Krieg unnötig zu entledigen. Das Haus Gotland habe einen so hohen Symbolwert, dass es nicht abgerissen werden dürfe. Es müsse ein klares Nutzungskonzept geben, dann gebe es auch Bedarf. Hier könnte man sich auch von Konzepten aus schwedischen Gemeinden inspirieren lassen. Bezüglich des langfristigen Finanzierungskonzeptes weist Frau Dr. Kronen darauf hin, dass in Nordrhein-Westfalen allein 250 wirtschaftlich nicht unbedeutende schwedische Unternehmen sitzen, die noch nicht um Unterstützung gebeten wurden. Bevor solche Möglichkeiten nicht ausgeschöpft wurden, könne keine fundierte Entscheidung getroffen werden. Sie bietet hierzu ihre vermittelnde Tätigkeit an. Eventuell mache es auch Sinn, Experten für die Renovierung von Holzhäusern aus Schweden einzubeziehen. Sie glaubt, dass es sich um ein geschichtliches Denkmal handelt. Beiden Ländern stehe es gut an, es zu bewahren und zu erhalten.

Herr Dr. Werner, Stadtkonservator, führt aus, dass Baudenkmäler immer mit ihrer Funktion und Materialität für ein architektonisches Dokument stehen. Denkmäler, die an einen Ort oder ein Geschehen erinnern, seien in diesem Sinne keine Baudenkmäler, die für eine bauhistorische Entwicklung stehen. Das Gebäude habe einen hohen ideellen und historischen Wert, dies sei aber für eine Unterschutzstellung eines Baudenkmals nicht ausreichend. Dafür werde betrachtet, ob man den Wert an architektonischen Strukturen ablesen könne.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, weist auf der Bezirksvertretung vorliegende Stellungnahmen von Frau Prof. Dr. Hiltrud Kier und Frau Henriette Meynen hin, die eine Unterschutzstellung der Kita Gotland befürworten.

Herr Leitner, CDU, bedankt sich ausdrücklich bei der schwedischen Honorarkonsulin, die deutlich gemacht habe, wie weit Denkmalschutz gehen könne und Denkmalpflege auf juristischen Punkten beharre. Es bedürfe mehr Seele, um das Haus Gotland zu beurteilen. Architektonisch sei dieses Gebäude beim ersten Blick einfach. Die U-Form erinnere an ein Schloss, welches für alleinerziehende Mütter in der Nachkriegszeit gebaut wurde, damit sie aus ihrer Ernährungsnot herausgeführt werden konnten. Nach seiner Kenntnis gab es in Deutschland nur fünf solcher Häuser. Die CDU halte

es für notwendig, den Schutz auf dieses Gebäude auszudehnen. Er verweist auf die Finnsiedlung in Köln Höhenhaus, bei der der Erinnerungswert und der Dokumentationswert mehr als umstritten seien. Das Haus Gotland sei unzweideutig ein Angebot der Schweden an die Deutschen gewesen sich aussöhnen zu wollen. Daher müsse das Haus erhalten werden und es dürfe nicht abgerissen werden.

Herr Cremer, SPD, bestätigt, dass das Haus Gotland durch die Diskussion in der Bezirksvertretung Seele bekommen habe. Es habe den Menschen im Nachkriegsdeutschland viel Freude gebracht. Er kann das pragmatische Vorgehen der Fachverwaltung ein Stück weit nachvollziehen. Die Bezirksvertretung verleihe auch diesem Gebäude, welches erhalten werden müsse, wieder eine Seele.

Frau Wienke, Die Linke, äußert ihre Verwunderung darüber, wie geschichtsvergessen die Stadt agiere. Sie wendet ein, dass Schulen und Kitaplätze fehlen und in der Stadt wenig Platz für Kinder sei. Sie wünscht sich mehr Kreativität für die Erhaltung des Hauses Gotland.

Herr Scheffer, Die Linke, spricht sich für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aus. Er wendet ein, dass Verwaltung Neubaukosten künstlich herunter und Sanierungskosten künstlich hoch rechne. Die Entscheidung der Bezirksvertretung Innenstadt und des Jugendhilfeausschusses seien eindeutig unmissverständlich. Er erwarte, dass diese umgesetzt werden. „Länge leve den tysk-svenska vänskapen. Es lebe die deutsch-schwedische Freundschaft.“

Frau Cazier, Grüne, schließt sich ihren Vorrednern an und bekräftigt, dass man die historische Bedeutung des Hauses Gotland nicht vergessen dürfe.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, berichtet von einer Zeitzeugin und welche unglaubliche Hilfe die Kriegswitwen dort erhalten hätten. Er betont, dass man dies nicht allein technokratisch sehen könne, sondern auch die Seele betrachten müsse. Eine Unterschützstellung sei auch ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber Schweden.

Herr Leitner, CDU, weist darauf hin, dass wir eine Erinnerungspflicht und eine Erinnerungsverpflichtung haben. So wie man damals an der Geschichte des EL-DE-Hauses gekratzt habe, kratze man nun an der Geschichte des Hauses Gotland. Es sei sehr seltsam, wie wenig ältere Gebäude in die Renovierung gekommen seien. Er beantragt eine Sitzungsunterbrechung, um einen Änderungsantrag zu besprechen.

Herr Uerlich, CDU, stellt folgenden Ersetzungsantrag:

„1. Die Bezirksvertretung 1 Innenstadt und Deutz lehnt den Vorschlag der Verwaltung auf Niederlegung der ehemaligen KiTa „Gotland“ ab und beauftragt die Verwaltung mit der Planung eines Kinderspielplatzes an anderer Stelle im Bereich des Volksgartens.

2. Darüber hinaus betont die Bezirksvertretung Innenstadt und Deutz ihre Auffassung, dass es sich bei der ehemaligen KiTa „Gotland“ um ein schützenswertes Gebäude im Sinne des Denkmalschutzes handelt und beantragt daher die unverzügliche Eintragung des Bauwerks in die Denkmalliste der Stadt Köln.

3. Weiter wird die Vorlage dieses Beschlusses an den Ausschuss Kunst und Kultur als nach der Geschäftsordnung zuständigem Fachausschuss für Denkmalschutz beschlossen mit der ausdrücklichen Bitte, sich dem Votum unter Ziffer 2 der Bezirksvertretung Innenstadt und Deutz anzuschließen und die Verwaltung entsprechend anzuweisen.

4. Die Bezirksvertretung Innenstadt und Deutz beauftragt das Liegenschaftsamt, mit geeigneten Nutzern, wie z. B. der Initiative Gotland e. V. im Benehmen mit dem Stadtkonservator kombinierte Erhaltungs- und Nutzungskonzepte für die Liegenschaft zu

entwickeln, zu verhandeln und zu vereinbaren und der Bezirksvertretung über das weitere Vorgehen regelmäßig zu berichten.“

Nach der Beschlussfassung erklärt Herr Dr. Werner, dass ihn das starke Engagement der Bezirksvertretung Innenstadt für Geschichte, Architektur und Denkmalpflege in Köln freue. Diese Unterstützung wünsche er sich an verschiedenen anderen Stellen, in denen er relativ alleingelassen für die Bezirksvertretung kämpfe. Er nehme die Position und Aufgabe mehr als nur sehr ernst. Es sei wohl der Eindruck entstanden, dass er nur rein nach Zahlen etwas verwalte, dem sei nicht so. Jedes Denkmal, jede Architektur habe eine Seele. Das Verfahren der Unterschutzstellung sei aber ein juristisches Verfahren. Den Antrag stellen könne der Eigentümer, das Amt für Denkmalpflege oder der LVR. Er bietet nochmals eine tiefgreifende Untersuchung an, um herauszufinden, was bauhistorisch von diesem Gebäude denkmalwert sei. Das Gebäude habe natürlich einen hohen aufgeladenen ideellen und auch geschichtlichen Wert. Baudenkmalpflege könne aber keine historischen Werte unter Schutz stellen, sondern nur den bauhistorischen Wert. Juristisch gesehen könne nicht ein Beschluss gefasst werden, ein Gebäude in die Denkmalliste einzutragen. Die Unterschutzstellung bedürfe eines umfangreichen juristischen und wissenschaftlichen Gutachtens, welches den Wert eindeutig klassifiziere. Es gebe auch Denkmäler in Köln, die keine Baudenkmäler seien, als solches sehe er das Haus Gotland auch.

Herr Leitner, CDU, bittet Herrn Dr. Werner sich nicht durch den Einsatz der Bezirksvertretung düpiert zu fühlen. Man wolle dieses Haus halten. In der Bezirksvertretung Innenstadt werde er immer Unterstützung finden, Bauwerke unter Schutz stellen zu wollen. Er habe die große Sicherheit, dass Schweden auch an dem Erhalt des Gebäudes interessiert ist. Zu überlegen sei, wer das Gebäude erwerben und wie es als Erinnerungsdokument Denkmal Gotland angesiedelt werden könne. Durch die Teilnahme der Honorarkonsulin an der Sitzung habe sich ein ganz großartiger Weg aufgetan.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, bedankt sich für die gute, offene und respektvolle Diskussionskultur in der Bezirksvertretung und sagt Herrn Dr. Werner die Unterstützung der Bezirksvertretung zu, um gemeinsam das Ziel, den Erhalt der Kita Gotland, zu erreichen.

Geänderter Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung 1 Innenstadt und Deutz lehnt den Vorschlag der Verwaltung auf Niederlegung der ehemaligen KiTa „Gotland“ ab und beauftragt die Verwaltung mit der Planung eines Kinderspielplatzes an anderer Stelle im Bereich des Volksgartens.
2. Darüber hinaus betont die Bezirksvertretung Innenstadt und Deutz ihre Auffassung, dass es sich bei der ehemaligen KiTa „Gotland“ um ein schützenswertes Gebäude im Sinne des Denkmalschutzes handelt und beantragt daher die unverzügliche Eintragung des Bauwerks in die Denkmalliste der Stadt Köln.
3. Weiter wird die Vorlage dieses Beschlusses an den Ausschuss Kunst und Kultur als nach der Geschäftsordnung zuständigem Fachausschuss für Denkmalschutz beschlossen mit der ausdrücklichen Bitte, sich dem Votum unter Ziffer 2 der Bezirksvertretung Innenstadt und Deutz anzuschließen und die Verwaltung entsprechend anzuweisen.
4. Die Bezirksvertretung Innenstadt und Deutz beauftragt das Liegenschaftsamt, mit geeigneten Nutzern, wie z. B. der Initiative Gotland e. V. im Benehmen mit dem Stadtkonservator kombinierte Erhaltungs- und Nutzungskonzepte für die Liegenschaft zu

entwickeln, zu verhandeln und zu vereinbaren und der Bezirksvertretung über das weitere Vorgehen regelmäßig zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Mehr Platz für Rad- und Fußverkehr an der Sedanstraße (Az.: 02-1600-203-21) 4067/2021

Beschluss:

vertagt (OT CDU 27.01.2022)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

4.7 Bürgereingabe nach § 24 GO – Antrag Straßenbenennung / Bananenrepublik - Az: 226/21 4312/2021

Der Petent zieht die Eingabe formal zurück. In dem Kreisverkehr befinden sich bereits sog. Kulturhinweiser (weißes Schild mit roter Schrift). Ein solches Schild soll in dem Kreisverkehr auf den Platz der Bananenrepublik hinweisen, verbunden mit einem Hinweis auf das erste Bananenreifhaus, was sich im Zugweg befindet. Die Stadt nutze den Kreisverkehr inzwischen als Aushängeschild, um die Bürger zu animieren, Grünflächen in Pachtvertrag zu nehmen und sie selber zu gestalten. Die Finanzierung übernehme er.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, weist darauf hin, dass die Bananeninsel ein Kunstwerk sei und die Kunst frei sei und dies nichts mit Wikipedia zu tun habe.

Frau Cazier, Grüne, bedankt sich für das Engagement des Petenten.

Beschluss:

Der Petent hat seine Eingabe zurückgezogen.

4.8 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Einrichtung von Abstellflächen für Mieträder, E-Scooter, private Fahrräder (Az.: 02-1600-186-21) 4404/2021

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt dem Petenten für die Eingabe und beauftragt die Verwaltung, die eingebrachten Standorte zu prüfen und nach Möglichkeit einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.9 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradparkplätze Gereonsviertel (Az.: 02-1600-135-21) 4381/2021

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, begrüßt das Anliegen des Petenten, sieht nicht, dass die Umsetzbarkeit zunächst geprüft werden müsse, da es möglich sei dort Fahrradabstellanlagen einzurichten und bittet daher den Beschlusstext entsprechend zu ändern, dass diese eingerichtet werden.

Herr Leitner, CDU, bittet auch am Gereonskloster, wo verkehrswidrig geparkt werde, Fahrradnadeln einzurichten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt dem Petenten für die Eingabe und beauftragt die Verwaltung, den Antrag auf Fahrradabstellanlagen für das Gereonsviertel ~~in das Arbeitsprogramm aufzunehmen und auf Umsetzbarkeit zu prüfen~~ umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.10 Bürgereingabe gem. § 24 GO- "Optimierung der Querung Hansaring für Radfahrende und Zufußgehende am Hansaring (Nähe Ebertplatz)" - AZ 202/21 soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden 0137/2022

Beschluss:

Vertagt (OT CDU 27.01.2022)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

**5.1.1 Verkehrsberuhigung / Diagonalsperre Südliche Brüsseler Straße, gem. Antrag Grüne, Klimafreunde, Die Partei
Antrag am 28.10.2021 zurückgestellt (Antrag Ortstermin CDU)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/2166/2021**

Beschluss:

vertagt am 27.01.2022 (Ortstermin CDU)

5.1.2 Antrag "Fahrradparken vor städtischer Kindertagesstätte Burgunderstraße", Antrag Klima Freunde

**Antrag am 28.10.2021 zurückgestellt (Antrag Ortstermin CDU)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/2147/2021**

Beschluss:

vertagt am 27.01.2022 (Ortstermin CDU)

**5.1.3 Moltkestraße/ Brüsseler Straße/Maastrichter Straße/Brüsseler Platz -
Neuordnung der Verkehre, Verkehrsberuhigung und Barrierefreiheit,
gem. Antrag Grüne und Die Partei
Antrag am 28.10.2021 zurückgestellt (Antrag Ortstermin CDU)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/2167/2021**

Beschluss:

vertagt am 27.01.2022 (Ortstermin CDU)

**5.1.3.1 Änderungsantrag "Moltkestraße/Brüsseler Straße/Maastrichter Stra-
ße/Brüsseler Platz - Neuordnung der Verkehre, Verkehrsberuhigung und
Barrierefreiheit", Änderungsantrag Klima Freunde
AN/2177/2021**

Beschluss:

vertagt am 27.01.2022 (Ortstermin CDU)

**5.1.4 Neuordnung der Verkehre im Bereich Deutz-Mülheimer
Str./Justinianstr./Opladener Str.
Antrag am 10.06.2021 zurückgestellt (OT SPD)
soll in der Sitzung am 27.01.2022 vertagt werden
AN/1129/2021**

Beschluss:

vertagt am 27.01.2022 (Ortstermin SPD)

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

**5.2.1 Maus-Ampel für Köln – 50 Jahre WDR-Maus feiern, Antrag SPD Rat
AN/2613/2021**

Frau Cazier, Grüne, erinnert an die Stellungnahme des Verkehrsdezernenten in der Ratssitzung am 14.12.2021, der ausgeführt habe, dass die Straßenverkehrsordnung einer Umsetzung der Mausampel entgegenstehe und auch Haftungsrisiken übernommen werden müssten, die nicht übernommen werden könnten.

Herr Cremer, SPD, weist darauf hin, dass die Straßenverkehrsordnung bundesweit gelte und fragt sich, warum andere Städte dies hinkriegen und Köln nicht. Es entstehe der Eindruck, dass sich hier jemand – aus welchen Gründen auch immer – sperre.

Frau Wienke, Die Linke, berichtet, dass in Trier Jenny und Karl Marx, in Mainz der schlaue Det, in Bremen die Bremer Stadtmusikanten, in Berlin das Ampelmännchen. Sie fragt, ob diese Städte gegen die Straßenverkehrsordnung verstoßen und Aufsichtsbehörden bekannt sind, die gegen eine Motivstreuscheibe vorgegangen sind. Sie bittet die Verwaltung diese Fragen zu beantworten.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, erinnert an einen Antrag in der Bezirksvertretung Innenstadt zu einer Ampel mit Tünnes und Schäl am Heumarkt, die auch aufgrund der rechtlichen Argumentation abgelehnt worden sei. Aus Anlass des CSD habe man für ein Ampelpärchen (Mann-Mann) gerungen, was nach drei Tagen wieder verschwunden sei. Die Verkehrsdezernentin habe gesagt, dass dies Unrecht sei, sie es aber gemacht habe. Damit sei die Frage beantwortet. Er kritisiert, dass eine Ratsfraktion einen Antrag zu einer klassischen Bezirksangelegenheit gestellt habe. Wenn der Antrag in der Bezirksvertretung gestellt worden sei, hätte man zumindest die Chance gehabt, dies – wie beim CSD für drei Tage – zum Geburtstag der Maus umzusetzen.

Herr Leitner, CDU, gibt zu bedenken, dass der WDR bei allen wichtigen Maßnahmen, bei denen die Bezirksvertretung um Unterstützung gebeten habe, man den WDR nie als zahlenden Kooperationspartner kennen gelernt habe, sondern er sich immer selbst aus der Verantwortung herausgezogen habe. Daher spricht er sich dagegen aus, dem WDR, mit einer sicherlich wunderbaren Sendung, mit dieser Ampel eine Ehre zu geben. Wer die Sendung mit der Maus belobt haben möchte, könne in der Eintrachtstraße das Wohnhaus von Armin Maiwald anschauen.

Frau Dr. Börschel, SPD, erklärt, dass die Kölner Verwaltung die Straßenverkehrsordnung an dieser Stelle deutlich enger auslege, als dies in anderen Städten üblich sei. Sie widerspricht Herr Leitner und erklärt, dass es nicht um den WDR gehe, sondern die Maus, die bei Generationen eine positive Identifikationsfigur sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Fußgängerampeln an der Kreuzung Breite Straße / Tunisstraße (Nord-Süd-Fahrt) mit Maus-Symbolen anstatt der regulären Signalzeichen auszustatten. Dies soll im Benehmen mit dem WDR umgesetzt werden, um etwaige nutzungsrechtliche Fragen frühzeitig klären zu können.

Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln, die für Ampelinstandsetzungen etc. vorgesehen sind.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Die Linke bei Enthaltung Die Partei **abgelehnt**.

5.2.2 Umwidmung von Verkehrsflächen auf Vogelsanger Straße / Venloer Straße im Grüngürtel, Antrag Grüne AN/0088/2022

Herr Scheffer, Die Linke, geht davon aus, dass eine Sperrung der Venloer Straße nicht funktionieren werde. Bezüglich der Einbahnstraßenregelung rät er die Einbahnstraßenregelung der Venloer Straße in Ehrenfeld abzuwarten.

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, stellt klar, dass nicht die Vogelsanger Straße und die Venloer Straße gesperrt werden sollen. Er weist auf den Prüfauftrag hin, wonach verschiedene Varianten geprüft werden sollen und die Verlagerungsszenarien dargestellt werden sollen, die auch die Einbahnstraßenregelung in Ehrenfeld sicher berücksichti-

gen werde. Später soll dann die Bezirksvertretung über die präferierte Variante entscheiden.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist darauf hin, dass sich der Prüfauftrag auf die unterschiedlichen Varianten beziehe, der eigentliche Antragstext laute, dass die Fahrspuren auf der Venloer Straße und Vogelsanger Straße im Grüngürtel von heute insgesamt vier auf zukünftig zwei reduziert werden sollen.

Herr Leitner, CDU, fragt, wann die Venloer Straße zum Einrichtungsverkehr gemacht werde. Er gehe davon aus, dass in 1,5 Jahren die Venloer Straße Richtung Gürtel im Einrichtungsverkehr geführt werde. Dann fließe der ganze Verkehr stadteinwärts über die Vogelsanger Straße. Wenn diese vorne zugemacht werde, entstehe ein großes Problem. Daher soll dies im Ganzen geprüft werden mit Schmalbeinstraße und Camphausen Straße, um so auch die Abkürzung zu betrachten. Daher greife der Antrag etwas zu kurz.

Herr Fischer, Grüne, stimmt Herrn Leitner zu und erklärt, dass gerade diese Fragen die Variantenprüfung beantworten soll. Erst nach Vorliegen dieser Ergebnisse könne die Bezirksvertretung das weitere Vorgehen beschließen.

Beschluss:

Die Gesamtzahl der Fahrspuren für den motorisierten Verkehr auf der Venloer und Vogelsanger Straße im Grüngürtel soll von heute vier auf zukünftig zwei reduziert werden.

Hierfür bitten wir die Verwaltung, die folgenden Varianten zu prüfen und im Hinblick auf Aufenthaltsqualität, Verkehrssicherheit, Entsiegelungspotential sowie Verkehrsqualität (inkl. ggf. auftretender Verlagerungseffekte) für die einzelnen Verkehrsformen zu bewerten:

- a) Die Sperrung der Vogelsanger Straße für den motorisierten Verkehr zwischen der Einfahrt zum Gymnasium Kreuzgasse sowie der Schmalbeinstraße.
- b) Die Sperrung der Venloer Straße für den motorisierten Verkehr zwischen der Kreuzerstraße und der Peter Dedenbachstraße.
- c) Die Einrichtung von Einbahnstraßen gegenläufiger Fahrtrichtung auf Venloer Straße und Vogelsanger Straße in den betreffenden Abschnitten und entsprechender Reduzierung der Fahrspuren. Hierbei sind beide möglichen Varianten (Venloer stadteinwärts und Vogelsanger stadtauswärts, Venloer stadtauswärts und Vogelsanger stadteinwärts) zu prüfen.

In allen Szenarien soll die freiwerdende Fläche für eine qualitativ hochwertige, vom Autoverkehr und Fußverkehr getrennte Führung des Radverkehrs (als Radweg oder für den Autoverkehr gesperrte Fahrradstraße) sowie für eine Entsiegelung im Grüngürtel genutzt werden.

Die Auswirkungen auf den Busverkehr sind separat darzustellen und die KVB entsprechend einzubeziehen.

Die Parkflächen an der Venloer Straße entfallen in allen Szenarien und werden entsiegelt.

Auf den entsiegelten Flächen soll eine „wassersensible Stadtgestaltung“ mit Versickerungselementen etc. umgesetzt werden. Bei Entsiegelungen im Bereich der Vogelsanger Straße sind zudem Baumpflanzungen zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse sollen in den zu erarbeitenden Masterplan Innerer Grüngürtel eingepreist und dort berücksichtigt werden.

Die Ergebnisse der Prüfung sind den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen von Grüne, CDU, SPD, Die Linke (Frau Wienke) und Die Partei gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung Die Linke (Herr Scheffer) **zugestimmt**.

5.2.3 Mehr Sicherheit an der KVB-Haltestelle Barbarossaplatz, Antrag CDU AN/2567/2021

Frau Cazier, Grüne, bittet um Änderung in einen Prüfauftrag.

Herr Schmitz, CDU, führt aus, dass bei einer Begehung mit Anwohnerinnen und Anwohnern aufgefallen sei, dass dort trotz der hohen Verkehrsdichte keine Ampeln seien.

Herr Arabaci, Grüne, teilt mit, dass es für Bahnen am Neumarkt und am Barbarossaplatz eine Ampelanlage gebe. Daher sehe er dies als überflüssig.

Herr Schmitz, CDU, erklärt, dass es um die Fußgänger gehe, die über die Gleise laufen, um Bahnen noch zu bekommen. In der Folge käme es zu Vollbremsungen und Verspätungen. Es gehe nicht um eine Ampel für die Bahnen.

Herr Cremer, SPD, versteht die Intention des Antrags, räumt aber ein, dass es in anderen Ländern oftmals möglichst wenig Signalanlagen und steuernde Elemente gebe, weil Verkehrswissenschaftler berichten, dass die Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer dadurch deutlich erhöht würde.

Herr Uerlich, CDU, betont, dass diese Stelle sehr gefährlich sei und ist mit einem Prüfauftrag einverstanden.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt ~~beauftragt~~ **bittet** die Verwaltung zu **prüfen, ob** umgehend eine Ampelanlage zwischen den Gleisübergängen am Barbarossaplatz (Übergang Linie 12 und 15) ~~zu installieren~~ **installiert werden kann**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.4 Sperrung der Drehbrücke, Antrag SPD AN/0060/2022

Herr Cremer, SPD, begründet den erneuten Antrag mit dem Erstarren der Gespräche, wie der Bereich der Poller Wiesen, insbesondere auch die Oase bis zur Fertigstellung der Brücke zu erreichen sei, da die Sanierung der Drehbrücke deutlich länger dauern werde.

Frau Kosubek, Grüne, weist auf die Beschlüsse der Bezirksvertretung Innenstadt aus den Jahren 2015 und 2020 hin, sowie den aufgrund der hohen Kosten nicht gebauten Treppenturm an der Severinsbrücke und den aufgrund mangelnder Annahme eingestellten Shuttlebus.

Frau Dr. Börschel, SPD, bittet bei der Kosten-Nutzenrelation auch die Nutzung eines Bauwerks nach der Sanierung der Drehbrücke zu betrachten.

Herr Fischer, Grüne, stellt folgenden Ersetzungsantrag:

„Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung, eine On-Demand-Lösung gemeinsam mit der KVB z.B. in Form eines Anrufsammeltaxis oder durch räumliche Ausweitung des Pilotprojekts ISI auf den Bereich der Drehbrücke sowie die Siegburger Straße zu realisieren, um eine durchgängige Erreichbarkeit der Poller Wiesen, insbesondere für Besucherinnen und Besucher der OASE sicherzustellen.“

Frau Rode, Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau teilt mit, dass es keinen neuen Kenntnisstand gebe. Die OASE solle im Zuge des Projektes „Deutzer Hafen“ im Laufe des Jahres verlegt werden.

Frau Palm, Arbeitskreis barrierefreies Köln, bittet auch die Belange der mobilitätseingeschränkten Mitmenschen zu berücksichtigen, da der Barbarossaplatz für diese sehr gefährlich sei.

Beschluss Ersetzungsantrag Grüne:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet die Verwaltung, eine On-Demand-Lösung gemeinsam mit der KVB z.B. in Form eines Anrufsammeltaxis oder durch räumliche Ausweitung des Pilotprojekts ISI auf den Bereich der Drehbrücke sowie die Siegburger Straße zu realisieren, um eine durchgängige Erreichbarkeit der Poller Wiesen, insbesondere für Besucherinnen und Besucher der OASE sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, Die Linke und Die Partei gegen die Stimmen von CDU und SPD bei Enthaltung der FDP **zugestimmt**.

5.2.5 Mindestens zwei autofreie Tage in der Innenstadt in 2022, Antrag Grüne AN/0095/2022

Herr Polat, SPD, hält die Maßnahme für unverhältnismäßig. Man sei sich in einer breiten Mehrheit in der Bezirksvertretung darüber einig mehr Autofreiheit in der Innenstadt zu haben. Er stellt in Frage ob die Maßnahme in dreieinhalb Monaten umgesetzt werden könne, wo es auch einer breiten Kommunikationsstrategie mit Einzelhandel und Co sowie einer Prüfung der Verkehrsführung mit Umleitungen bedürfe.

Frau Wienke, Die Linke, weist auf einen früheren Beschluss des Verkehrsausschusses hin, wo jedoch die Pandemie eine Umsetzung am NRW-Tag verhindert habe. Sie betont, dass es wichtig sei eine autofreie Innenstadt erleben zu können.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, führt aus, dass die Sperrung der gesamten Innenstadt für den Verkehr eine gesamtstädtische Bedeutung habe und dieser Beschluss dann dem Verkehrsausschuss vorzulegen sei.

Beschluss

Die Verwaltung wird aufgefordert, für mindestens zwei autofreie Tage in 2022 ein Konzept gemäß Zusage der Verwaltung und Beschluss des Beschwerdeausschusses vom 19.03.2019 (BA/0035/2019) für die Innenstadt vorzulegen.

Hierfür werden:

1. Samstag, 30. April 2022, ggf. in Verbindung mit dem 1. Mai als Wochenende oder als sehr guter Ersatz hierfür im engen und passenden Zusammenhang der PolisMobility in Köln (18. bis 21. Mai) bietet sich das Wochenende 21. und 22. Mai an.
2. sowie das Wochenende 17. und 18. September im Rahmen der europä-

ischen Mobilitätswoche vorgeschlagen. Dies soll möglichst gemeinsam und in Abstimmung mit Paris und Brüssel geschehen, ggf. auch im Verbund mit dem Kölner Weltkindertag.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne (8), Die Linke (2) und Die Partei (1) gegen die Stimmen von CDU, SPD und FDP **zugestimmt**.

5.2.6 Straßenausbesserung an der KVB-Haltestelle Moltkestraße, Antrag CDU AN/2569/2021

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, umgehend den katastrophalen Zustand der Straße an der KVB-Haltestelle Moltkestraße (Richtung Innenstadt) auszubessern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.7 Rückbau bzw. Neugestaltung Bürgersteig Severinstraße am Stadtarchiv, Antrag SPD AN/0062/2022

Auf Nachfrage von Frau Cazier, Grüne, erläutert Herr Cremer, SPD, dass die Führung des Bürgersteigs an dieser Stelle sehr umständlich war und nicht wieder so hergestellt werden soll, es gehe also nicht nur um die Barrierefreiheit. Darüber hinaus soll die Verwaltung proaktiv über die bei der Planung zu berücksichtigenden Punkte hingewiesen werden.

Beschluss:

Folgende Parameter sind bei der Erstellung der Planungen für die Wiederherstellung der Oberfläche der Severinsstraße an der Einsturzstelle des Stadtarchivs unbedingt zu berücksichtigen:

- Der Bürgersteig muss gradlinig und durchgängig geführt werden.
- Der Bürgersteig muss barrierefrei gestaltet sein.
- Der Bürgersteig muss mindestens 4 Meter breit sein.
- Der Bürgersteig darf keinen Z-Versatz enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, CDU und Die Partei gegen die Stimmen der SPD und Die Linke (Herr Scheffer) **abgelehnt**.

Frau Wienke (Die Linke) und Herr Nüsser (FDP) haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

5.2.8 Mehr Sicherheit an der KVB-Haltestelle Neumarkt, Antrag CDU AN/2562/2021

Herr Cremer, SPD, bittet den Antrag in einen Prüfauftrag zu ändern.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung **zu prüfen, ob** umgehend nachstehende Maßnahmen am Neumarkt (oberirdisch) ~~umzusetzen~~ **umgesetzt werden können:**

- eine Warnampel zwischen den oberirdischen Gleisübergängen (Nähe Kiosk) zu installieren.

Zusätzlich zur geforderten Ampelanlage an der Haltestelle Neumarkt, wie oben beschrieben, sollte die Verwaltung prüfen, ob die Einrichtung einer Bodenlichtsignalanlage sinnvoll und möglich ist. Eine solche Ampelanlage auf dem Fußboden kann und soll Smartphone-nutzende Fußgänger auf das Ampelsignal aufmerksam machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Grüne.

Frau Wienke (Die Linke) und Herr Nüsser (FDP) waren bei der Abstimmung nicht anwesend.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1.1 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD
AN/1701/2018**

Herr Polat, SPD, erinnert zum wiederholten Mal an die nun seit vier Jahren ausstehende Beantwortung der Anfrage. Die SPD-Fraktion müsse dies inzwischen persönlich nehmen.

**6.1.2 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße (AN/1539/2010);
Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016)
AN/1315/2020**

**6.1.3 Zustände der KVB-Haltestellen in der Innenstadt
AN/2475/2021**

**6.1.4 Baumfällungen für Schulbauten, Anfrage Die Linke
AN/2525/2021**

**6.1.4.1 Baumfällungen für Schulbauten - Anfrage der Fraktion DieLinke - zu
AN/2525/2021
4155/2021**

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

6.2.1 Parksituation in Deutz, Anfrage CDU AN/0160/2022

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

7.1 Fahrradstellnadeln Theo-Burauen-Platz, mdl. Anfrage Grüne

Herr Dr. Herrndorf, Grüne, hat heute festgestellt, dass die Fahrradstellnadeln am Theo-Burauen-Platz entfernt worden seien. Diese seien zum einen für die Teilnahme an den Sitzungen der politischen Gremien sehr hilfreich und zum anderen gehe er davon aus, dass die Bezirksvertretung hätte informiert werden müssen. Die Stellflächen seien verbotswidrig jetzt wieder mit Autos zugestellt. Er fragt, ob die Fachverwaltung die Fahrradstellnadeln wieder installieren und die Bezirksvertretung informieren werde.

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Umgestaltung des Fußgängerüberwegs an der Haltestelle Ubierring (Nordseite)

**hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in der Sitzung am
27.06.2019, TOP 5.1.2, AN/0011/2019
4320/2021**

9.2 Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf der Siegburger Straße im Bewohnerparkgebiet Deutz V 4301/2021

9.3 Bündelungsgymnasien in Köln in den Schuljahren 2023/24 bis 2025/26 4422/2021

Frau Wienke, Die Linke, kündigt hierzu einen Antrag an.

9.4 Planungen zur Verbesserung des Mikroklimas in der Kölner Innenstadt 0106/2022

9.5 Umsetzung von Radfahrstreifen auf der Neuköllner Straße und Tel-Aviv- Straße (südliche Fahrtrichtung) gemäß AN/2374/2021 3744/2021

9.6 Nachfragen zur Mitteilung 3657/2021 – Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt, hier: Anfrage AN/1107/2021 0192/2022

**9.7 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe - Lückenschluss Radfahrstreifen Habsburgerring/Hohenzollernring
4416/2021**

**9.8 AN/2168/2021: Bank-Tisch-Kombination im Pantaleonsviertel
0295/2022**

gez. Hupke

Bezirksbürgermeister

gez. Brohl

Schriftführerin